



BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

AnKER-Zentren

-Antrag der Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.07.2018-

Beratungsabfolge

Sitzung	Datum	Beschlussqualität
Stadtrat	26.07.2018	Entscheidung

Seit im Jahr 2015 das erste „Aufnahme- und Rückführungszentrum für Asylbewerber ohne Bleibeperspektive“ in Ingolstadt eröffnet wurde, stehen diese Sammelunterkünfte in der Kritik, weil die Lebensbedingungen darin zu einer Belastung für die Bewohner wurden. Sie führten nicht nur zur Isolierung der Geflüchteten, sondern haben auch den sozialen Frieden in unserer Stadt belastet. Polizeipräsident Günther Gietl hat es bei einer Anhörung im Stadtrat so formuliert: „Wenn 700 Deutsche auf engstem Raum, ohne sinnvolle Beschäftigung, zusammenleben müssten, hätten wir dort vielleicht die gleiche Kriminalität wie in den Transitzentren.“ Spannungsfreier sind, das hat sich bundesweit und auch in Ingolstadt klar gezeigt, dagegen die dezentralen Unterkünfte für Geflüchtete.

Jetzt soll es in Ingolstadt eine neue Form der Sammelunterkünfte geben, sog. AnKER-Zentren – Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren.

Als Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt haben Sie sich bereits Anfang Mai dieses Jahres zu diesem AnKER-Zentrum positiv geäußert und es ausdrücklich begrüßt. Wir hingegen befürchten, dass ein solches AnKER-Zentrum die ohnehin vor Ort schon angespannte Situation weiter verschärfen würde. Die als Vorbild für die AnKER-Zentren geltenden, bayerischen »Transitzentren« in Ingolstadt/Manching und Bamberg belegen diese Befürchtungen, ebenso die kritischen Äußerungen manch anderer Bürgermeister/Landräte jeglicher politischer Couleur, die solche AnKER-Zentren als Massenunterkünfte nicht vor Ort haben wollen.

Ihrer politischen Stellungnahme als Oberbürgermeister für ein AnKER-Zentrum Ingolstadt/Manching im Namen der Stadt Ingolstadt ging weder eine Information des Stadtrates voraus, noch eine sachliche Abwägung im Stadtrat, wie man den Sorgen der Bewohner in den Unterkünften oder in der Nachbarschaft begegnen kann. Es war eine voreilende Stellungnahme zu einer Ankündigung des Bundesinnenministers. Diese war bundesweit von vielen kritisiert wurde, darunter der Gewerkschaft der Polizei, Kirchen oder sozialen Organisationen. Auch diese fürchten, dass in solchen Massenzentren die Isolierung, der Frust und damit die Konflikte steigen würden, wie wir es ja in Ingolstadt konkret kennen. Der Präsident des Diakonischen Werks Deutschland, Ulrich Lilie, forderte deutlich eine Abkehr von den Plänen für die AnKER-Zentren. Eine große Ansammlung von hochbelasteten Menschen birgt jede Menge Konflikte, argumentierte Lilie, und auch, dass gerade der Rückbau großer Aufnahmezentren im vergangenen Jahr zu einem

spürbaren Rückgang der Straftaten in der Kriminalitätsstatistik und somit zu weniger Konflikten und einer Verbesserung für alle geführt habe. Viele Faktoren gehen den Eskalationen in den Flüchtlingsunterkünften voraus: keine Privatsphäre, keine abschließbaren Zimmertüren, auch nicht für Toiletten, Sachleistungsprinzip, nicht für sich selbst sorgen und kochen können, nur wenig sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten, keine Lernmöglichkeiten. Dazu kommt: kaum Zugang zu Rechtsberatung, schon gar nicht zu unabhängiger, daher Unkenntnis über weitere Entscheidungsverläufe im Asylverfahren, Unsicherheit und Angst.

Als Ingolstädter Oberbürgermeister begrüßten Sie indes diese zentralen Sammelunterkünfte hier vor Ort, mit all den bekannten Problemen. Auch für die BürgerInnen unserer Stadt. Die einen sind verunsichert und besorgt wegen der Konflikte und Polizeieinsätze dort, für andere sind diese abschreckende Sammellager und nicht vereinbar mit ihrer persönlichen Vorstellung einer menschenfreundlichen und mitfühlenden Gesellschaft. Und für viele Menschen in unserer Stadt gilt beides.

Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat über das neue AnKER-Zentrum Ingolstadt/Manching informiert werden muss, und beantragen **Sachstandsbericht** in der Stadtratssitzung im Juli. Wir müssen diese neue Entwicklung diskutieren können.

Als GRÜNE wünschen wir uns zudem eine klare Stellungnahme des Ingolstädter Stadtrates gegen solche Massenunterkünfte. Wir wollen im Sinne einer humanen Flüchtlingspolitik und für den sozialen Frieden in unserer Stadt, einen Appell des Stadtrates an die Regierungen des Bundes und Landes richten, für bessere Bedingungen für die Geflüchteten während des Aufenthaltes.

Wir stellen daher den Antrag, die folgende Resolution zu beschließen:

Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt lehnt die Einrichtung sog. Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentren (AnKER-Zentren) ab.

Der Stadtrat der Stadt Ingolstadt bekennt sich zu seiner Verantwortung, die Rechte geflüchteter Menschen zu schützen und ihre Integration in die Gesellschaft zu fördern. Er setzt sich damit aktiv für eine positive Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft ein, die den Wunsch der Menschen nach Sicherheit, Selbstbestimmung und Begegnung unterstützt. Er fordert daher die zuständigen Behörden und Entscheidungsebenen auf, die Bedingungen in den bestehenden Transiteinrichtungen zu verbessern.

Die Stadt Ingolstadt hat sich bereits 2015 mit der dezentralen Unterbringung der Geflüchteten, der Organisation der ehrenamtlichen HelferInnen und dem Verzicht auf Essenspakete für humane und menschenfreundliche Bedingungen eingesetzt. Diese wurde leider auf Anweisung der jeweiligen Regierungen immer wieder zurückgebaut. Integration muss jedoch von Anfang an gedacht werden, im Sinne der Menschen, die zu uns kommen und im Sinne der Menschen, die hier in Ingolstadt leben und die mit einer überwältigenden Hilfsbereitschaft gezeigt haben, wie wichtig ihnen eine respektvolle und mitfühlende Gesellschaft ist.

Wir hoffen auf eine zielführende Diskussion dazu im Stadtrat, auch im Sinne des bemerkenswerten „Eichstätter Aufrufs zu Achtsamkeit, Respekt und Wahrhaftigkeit beim Thema Flucht und Migration“ der Kath. Universität vom 2. Juli 2018: *„(...) Nachvollziehbare Ängste und Fragen der Bevölkerung werden nicht ernstgenommen, sondern instrumentalisiert. Folgerichtig dominieren Verächtlichmachung, Herabwürdigung und offene Fremdenfeindlichkeit die öffentlichen Diskurse*

und mehr und mehr auch das Handeln Vieler in der Gesellschaft. Diese derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse finden nur wenig Gegenwehr. Dabei unterminieren sie das Gemeinwohl, weil nicht mehr allen Menschen gleichermaßen Würde zugestanden wird. (...) Wir fordern daher alle gesellschaftlichen Mitglieder, insbesondere aber die Eliten in Politik, Wissenschaft, Medien und Journalismus auf, sich ihrer Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwohl bewusst zu werden. (...) Insbesondere aber fordern wir Respekt gegenüber allen in Deutschland lebenden oder hierherkommenden Menschen. Dies schließt insbesondere Geflüchtete und Migrierte ein. Sie sollten nicht nach irgendwelchem Wert beurteilt werden, sondern ihnen steht das zu, was wir – unabhängig von situativen Rahmenbedingungen – für uns selbst erwarten: Als Menschen mit Würde behandelt zu werden.“

Beschluss:

Stadtrat vom 26.07.2018

Der Antrag wird weiter behandelt. Vom zuständigen Referat ist eine Vorlage zu erstellen.